

D-2

Titel	Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!

1 Politisches Engagement ist für uns Jusos keine Frage des Alters. Mehr denn je ist es wichtig, dass Jugendliche
2 eine umfassende politische Bildung erhalten, damit die demokratischen Werte in unserer Gesellschaft aktiv
3 gelebt und verteidigt werden. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass der Frieden in Europa und die
4 bestehenden Freiheiten in der Europäischen Union keine Selbstverständlichkeit sind. Die heutige Generati-
5 on an Teenagern und jungen Erwachsenen ist in einem Europa aufgewachsen, in dem Freizügigkeit herrscht,
6 in dem es eigentlich keine Binnengrenzen mehr gibt und man fast überall mit der gleichen Währung zahlen
7 kann – ein Europa, in dem wahrhaftig #freistarten kann. Dass man jetzt allen Ortes wieder über Grenzkon-
8 trollen, Zäune, Euro- und EU-Austritte nachdenkt, ist sicher nicht auf das Meinungsbild der jungen Generation
9 zurückzuführen. Unter allen demographischen Schichten fühlen sich „die Jungen“ noch am ehesten als Euro-
10 päer*innen und schätzen die vorhandenen Freiheiten. Wie soll aber diese Generation ernsthaft für Europa und
11 die Demokratie einstehen, wenn sie nicht das Ideal dahinter versteht oder wenn sie in unserer Gesellschaft
12 nichts zu sagen haben?

13 Man muss gar nicht bis nach Europa denken, um festzustellen, dass jungen Menschen im politischen und
14 gesellschaftlichen Alltag zu wenig Gehör geschenkt wird – wenn sie überhaupt als Meinungsträger*in ernst
15 genommen werden. Die aktuell stattfindende Debatte unter dem Hashtag **#diesejugenleute** zeigt sympto-
16 matisch, wie allein hierzulande mit jungen Mandatsträger*innen, ja überhaupt mit meinungsstarken Jugend-
17 lichen umgegangen wird. Der in dieser Debatte aufgekommene Begriff der „Jugenddiskriminierung“ ist nicht
18 weit hergeholt. Wer der Jugend mit so einer Abwertung begegnet, braucht sich nicht zu wundern, wenn irgend-
19 wann der Punkt erreicht ist, an dem Motivation in Verdrossenheit oder gar in Destruktivität umschlägt.

20 Das Recht auf Beteiligung ist Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention! Und wir als Jusos wollen mehr
21 denn je dieses Recht einfordern und uns für die Mitsprache der Jugendlichen einsetzen. Der Freistaat Bayern
22 soll zu einem Musterbeispiel an Jugendpartizipation werden, auf kommunaler genauso wie auf Bezirks- und
23 Landesebene.

24 **Politische Bildung stärken**

25 Damit demokratische Partizipation grundsätzlich bei jungen Menschen Interesse weckt, vor allem aber so neu-
26 tral wie möglich an sie herangetragen wird, muss diese in Form von Bildung weiter verstärkt werden. Jugend-
27 lichen soll mit attraktiven Angeboten die Möglichkeit gegeben werden, Demokratie besser zu verstehen und
28 somit auch schätzen zu lernen. Hierfür sollen Maßnahmen erarbeitet werden, welche auf Jugendliche zuge-
29 schnitten sind. Dieses politische Interesse zu fördern oder gar eine Grundlage dafür zu bieten, ist auch wertvoll
30 für die Gesellschaft als solches. Wenn Menschen die Demokratie besser verstehen, können sie sich auch be-
31 wusstmachen, wo die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Zudem ist politische Bildung wichtig, um die
32 Gesellschaft vor Folgen durch Populismus zu schützen.

33 **Mehr Jugendbeteiligungsformate**

34 Aktive Beteiligung fängt meistens klein im Kommunalen an. Zu allererst sind die Städte und Gemeinden in der
35 Pflicht, für öffentliche Angebote zu sorgen, über die Jugendliche sich politisch wie kulturell engagieren können.
36 Entsprechende barrierefreie Räume sind ebenfalls zur Verfügung zu stellen. In ländlichen Gegenden scheitert
37 es oft schon an dieser Hürde. Es ist schlichtweg kein Raum zur Entfaltung da, obwohl die Nachfrage bei den

38 Jugendlichen da wäre. Hier müssen die betroffenen Kommunen endlich Abhilfe schaffen. Das ist aber nur der
39 erste Schritt.

40 Die Ausgestaltung der Angebote für Kinder und Jugendliche darf nie über deren Köpfe hinweg diskutiert und
41 entschieden werden. Warum sollte an Orten, die hauptsächlich von Jugendlichen genutzt werden – Spielplät-
42 ze, Schulwege, Jugendtreffs – deren Miteinbeziehung nicht selbstverständlich sein? Es geht dabei nicht nur um
43 kreative Prozesse oder ihre Einbeziehung als ehrenamtliche Helfer*innen. Auch bei der konkreten Projektpla-
44 nung seitens der Kommune fordern wir vom ersten Schritt an Transparenz und eine aktive Mitsprache der
45 betroffenen/beteiligten Jugendlichen auf Augenhöhe.

46 Ausrichtung an den Bedürfnissen junger Menschen

47 Jugendbeteiligungsformate müssen altersangemessen, niederschwellig und motivierend gestaltet werden.
48 Hierfür sind innovative Methoden zur Gestaltung von Diskussions- und Gruppenprozessen einzuset-
49 zen.

50 Finanzielle Ressourcen

51 Zur breiten Bewerbung des Beteiligungsformates und für die Durchführung sind finanzielle Ressourcen von-
52 nöten, die seitens der Gemeinde bereitzustellen sind. Förderungsmöglichkeiten seitens des Freistaates sind
53 zu prüfen und zu nutzen.

54 Transparenz

55 Um die Selbstwirksamkeit zu stärken und nicht „Politikverdrossenheit“ zu fördern, müssen die tatsächlichen
56 Auswirkungen der Ergebnisse auf Entscheidungen transparent dargestellt werden. Zu diesem Zwecke müssen
57 analog Art. 18 (4) der Gemeindeordnung die Empfehlungen des Beteiligungsformates innerhalb einer Frist von
58 drei Monaten im Gemeinderat behandelt werden. Bei den Gemeinderatssitzungen, bei denen die Anliegen des Be-
59 teiligungsformates behandelt werden, ist gewählten Vertreter*innen aus diesem Beteiligungsformat Rede-
60 recht einzuräumen. Den Jugendlichen ist über den Verlauf und die Auswirkungen ihrer eingereichten Empfeh-
61 lung durch die Stadtspitze Bericht zu erstatten. Träger und Organisationen, die in dem Bereich tätig sind, wie
62 die Schüler*innenvertretung, der Kreis-/Stadtjugendring und Träger der Jugendarbeit, sind bei der Bearbei-
63 tung des Konzeptes mit einzubeziehen.

64 **Jugendräte und Jugendparlamente**

65 In vielen Kommunen existieren bereits so genannte Jugendräte, genauso wie Senioren-, Behinderten- oder
66 Migrations-/Ausländerräte. Ihr Aufgabenbereich und der Umfang ihres Mitspracherechts folgt jedoch keiner
67 klaren Linie. Mancherorts haben Jugendräte Verantwortung über ein eigenes Budget und sind vollwertige Be-
68 rater des Stadt- oder Gemeinderats, mancherorts sind sie reine Beratungsstellen nach außen oder ihre Ver-
69 antwortung wird auf die Organisation von Grillfesten reduziert.

70 Wenn Kommunen schon einen Jugendrat einsetzen, müssen sie seine Funktion und dessen Gestaltungsmög-
71 lichkeiten ernst nehmen und ihn proaktiv an die Jugendlichen herantragen. Eine Möglichkeit, der Sache mehr
72 Gewicht zu verleihen, ist die Weiterentwicklung hin zu Jugendparlamenten, begleitet von Fachkräften. Das
73 Budget wäre dann ein „Haushalt im Haushalt“ und würde „unter kommunalpolitischen Bedingungen“ verteilt
74 werden. Diese Form würde zusätzlich die politische Bildung der Beteiligten stärken, nicht nur zu einer positiven
75 Persönlichkeitsentwicklung beitragen.

76 Als Alternative zu Jugendräten und Jugendparlamenten könnten Stadtschüler*innenvertretungen eingesetzt
77 werden. Diese nehmen ein bildungs- und allgemeinpolitisches Mandat für die Belange von jungen Menschen
78 ein und sind in den entsprechenden Ausschüssen der Kommunalpolitik antragsberechtigt. Die Arbeit den SS-
79 Ven findet kontinuierlich statt. Wichtig ist, dass die Jugendliche über echte Entscheidungs- und Budgetkompe-
80 tenzen verfügen, damit die Angebote keine Scheinpartizipation darstellen.

81 **Schülermitverwaltung und Auszubildendenräte**

82 Beteiligung im schulischen Bereich ist ein genauso wichtiges Feld. Schüler*innen müssen vom ersten Schultag
83 an Mitbestimmung erleben, um sie zu mündigen Demokrat*innen zu erziehen, aber auch um klar zu machen,
84 dass ihre (Aus-)Bildung einen besonderen Stellenwert genießt. Die Rolle der Schülermitverantwortungen muss
85 daher weiter gestärkt werden, genauso wie die Rolle der Bezirksschülersprecher*innen und des Landesschü-
86 lerrats in Bezug auf das Kultusministerium.

87 Die Einrichtung von Auszubildendenräten und eines Azubi-Parlaments in den Berufsschulen, wie von den Jusos
88 Bayern bereits gefordert, ist ein weiteres Mittel. Demokratisch gewählte Vertreter*innen der jeweiligen Ausbil-
89 dungszweige sollen offiziell die Belange der Auszubildenden gegenüber der Berufsschule vertreten, entweder
90 in ihrem Fachbereich oder als Gesamtvertretung der Berufsschüler*innen.

91 **Endlich Wahlen ab 14 – für Landtags-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen!**

92 Die Grundform demokratischer Beteiligung ist die freie, geheime Wahl. Gerade hier sind Jugendliche immer
93 noch von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen, was einfach nicht mehr zeitgemäß ist – um zu nicht zu
94 sagen „antidemokratisch“. Der Vorschlag, ein Wahlrecht ab 16 im Freistaat Bayern einzuführen, stößt vor allem
95 bei der CSU regelmäßig auf strikte Ablehnung, obwohl es inzwischen in anderen Bundesländern schon erfolg-
96 reich angewendet wird. In den Köpfen mancher Christsozialen haben Jugendliche in diesem Alter noch nicht
97 ausreichend Lebenserfahrung, um politisch urteilsfähig zu sein. Deshalb könnten Sie auch die Rechtsfolgen
98 ihrer Handlungen nicht abschätzen. Wir sind der Meinung, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind,
99 politisch mitzubestimmen. Ab 14 Jahren darf man sich sowohl die Religions- als auch die Parteizugehörigkeit
100 selbst aussuchen. Wir sind der Meinung, wer so weitreichende Entschei-dungen treffen darf, sollte auch schon
101 wählen dürfen.

102 Eine weitere angebliche Binsenweisheit besagt, dass Jugendliche anfälliger für den Einfluss von Extremisten
103 seien. Allein ein Blick auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 zeigt, dass dies nicht der Fall ist..
104 Bundesweit bei den 18- bis 29-Jährigen ist nach Umfragen die AfD nur sechststärkste Kraft geworden, gleichauf
105 mit der Linken. Die Aussage, dass die Ränder bei den Jugendlichen grundsätzlich populärer wären, ist genauso
106 pauschal und falsch wie alle Argumente, die von den Gegnern der Herabsetzung des Wahlalters kommen. Kein
107 Bundesland, das sein Wahlalter herabgesetzt hat, ist dadurch umgestürzt worden.

108 Wir fordern daher das aktive und passive Wahlrecht im Freistaat Bayern auf 14 Jahre – zuerst bei den Kommu-
109 nalwahlen 2020 und dann mit den Landtags- und Bezirkstagswahlen 2023 auch ab Landesebene.